

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://proSV.akis.at>

### „EU-EURO-RETTUNGSGIPFEL“

## WER WIRD DA GERETTET?

#### Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Schuldenkrise? Dass Spekulationen von Banken und Versicherungen das Fass zum Überlaufen brachten (Lehman-Pleite), davon wird heute kaum mehr gesprochen. Umso mehr davon, dass die Staatsschulden das große Problem seien, ganze Staaten pleite gehen könnten, weil die „Finanzmärkte“ nervös seien. Deshalb müsse die Politik Vertrauen schaffen, dass die „Finanzmärkte“ (=Kapitalisten) – den Staaten weiter Geld borgen – um horrenden Zinsen: bei Griechenland z.B. um 30%. Stopp! Da retten die Staaten, also die Steuerzahler, die spekulierenden Banken, und dann setzen diese mit Steuergeldern weiter Staaten unter Druck. Trotzdem wird das Spekulieren weiter voll und ganz erlaubt, ja nicht einmal minimalst besteuert.

Die horrenden Staatsschulden sind die Gewinne der Banken bzw. ihrer Anleger. Die Schulden sollen gar nicht gebremst, sondern vor allem Löhne, Gehälter, Sozialleistungen, Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Pensionen gestrichen werden. Daher: Stopp und Verbot der Spekulation und Profitmacherei, Ausbau statt Bremsen oder Streichen der Ausgaben für die Allgemeinheit!

Schuldenabbau als Vorwand für groß angelegten Sozial- und Demokratieabbau. Allen Beteuerungen und Verschleierungen zum Trotz hat das kapitalistische System für uns arbeitende Menschen letztlich nur folgendes bereit:

- Krise mit Sozial- und Demokratieabbau
- Überwachungsstaat + Unterdrückung
- Faschismus + Krieg



Dass das ganze Kartenhaus jetzt einstürzt, das ist kein Ausreiter, keine Schuld von ein „paar schwarzen Schafen“, sondern das ist der vorläufige Höhepunkt eines Wirtschafts- und Finanzsystems, des kapitalistischen, das im Allgemeinen auf Profitmaximierung setzt: „Normal“, das heißt in der so genannten „Realwirtschaft“, durch die einseitige Aneignung der Wertschöpfung (=Mehrwert) der arbeitenden Menschen durch einige Wenige (=Ausbeutung). Und weil im Kapitalismus eben nicht der Mensch, sondern der „Mammon“, sprich das Geld(machen) das oberste

Prinzip ist, wird mit dem von den Menschen erwirtschafteten Geld wiederum noch mehr Geld gemacht – über die Banken, Versicherungen und Börsen und ihre vielfältigen „Produkte“. Liebevoll „Börsianer“ genannt, spekulieren, pardon handeln, dabei quer über den Globus in Sekundenschnelle alles was möglich und auch unmöglich ist, sprich so genannte „Finanzprodukte“. Die wurden dazu erfunden, um noch mehr Profit herauszuholen aus dem Geld, dem keine reale Deckung gegenüber steht. Das einzige, was da real ist, sind einerseits das eine Prozent an Reichen und Superreichen,

#### In eigener Sache:

Viele KollegInnen aus den Gewerkschaften und der SPÖ, BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen usw., die unsere Zeitung erhalten, glauben, dass wir auch von Gewerkschaften oder Fraktionen finanzielle Zuwendungen erhalten. Das ist nicht der Fall. All unsere Arbeit wird ehrenamtlich erledigt, ausschließlich finanziert aus Beiträgen unserer LeserInnen, auf die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache verstärkt angewiesen sind.

das immer reicher wird und andererseits wir arbeitenden Menschen, die das alles bezahlen sollen.

Die kapitalistische Konkurrenz der Wirtschaftsräume USA, Asien und Europa um billig(st)e Arbeitskräfte, um Rohstoffquellen und Absatzmärkte wird immer brutaler und immer öfter auch mit offenen Kriegen geführt (wie zuletzt z.B. um Libyen). Die USA wollen ihre schwindende wirtschaftliche Kraft zunehmend mehr durch militärische Präsenz (weltweite Militärstützpunkte) und durch die Kriege wie in Irak, Afghanistan oder auch Libyen bzw. direkten und indirekten Drohungen oder Einmischungen in Iran oder Syrien gegenüber der EU, Russland und China absichern bzw. stärken. Sie führen zudem einen heftigen Wirtschaftskrieg gegen Europa/EU, um die Vormacht des Dollars als Welt- und Öl-Verrechnungswährung zu erhalten.

Die EU mit ihrem Euro wiederum als Ansammlung kapitalistischer Staaten auf verschiedenstem Niveau, inzwischen insgesamt wirtschaftlich stärker als die USA, aber weder in einem Staat geeint, noch militärisch in der Welt annähernd so präsent und einflussreich wie die USA, drängt aber in die gleichen Rohstoffgebiete und Absatzmärkte wie die USA. Deshalb die EU-Militarisierung mit Umstellung auf Berufsheere, mittels Euro-Armee und schnellen EU-Eingreiftruppen (battle groups).

Wirtschaftlich gilt in der EU Deutschland schon länger als stärkstes Land. Im Zuge der so genannten EU-„Schuldenkrise“ versucht Deutschland andere EU-Länder direkt zu neokolonialisieren (wie Griechenland) oder mittels „Schuldenmanagement“ unter Kontrolle zu bringen. Es war kein Ausrutscher, dass CDU-Generalsekretär Kauder zur Situation in der EU sagte: „Jetzt auf einmal wird in Europa Deutsch gespro-

chen“. Das erinnert beängstigend an den Spruch von Nazi-Deutschland: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“. Um den Schein zu wahren und weil Deutschland auch militärisch alleine noch zu schwach ist, wird (noch) gemeinsam mit Frankreich die weitere Zentralisierung der EU und Unterordnung der anderen EU-Staaten unter deren EU-Euro-Diktat betrieben – vorbei an den Bevölkerungen der einzelnen EU-Staaten mit Hilfe der nationalen Parlamente (was zeigt, wem die Parlamentsabgeordneten verpflichtet sind), vorbei an den EU-Institutionen oder am EU-Parlament. Mit „Demokratie“ halten sich Merkel und Sarkozy im Interesse des Kapitals nicht lange auf. Dass England, das den Euro nicht hat, dabei nicht mitmacht, hat natürlich mit dem Börseplatz London zu tun, der der größte der Welt ist. Frankreich spielt mit, weil es nur so hofft, von Deutschland nicht zu schnell abgehängt zu werden.

Mittels „Euro-Vertrag“ („EMS-Rettungsschirm“) soll das Diktat des Kapitals noch fester geschrieben werden. Denn die „Schuldenbremse“ bedeutet nur, dass man sich das Geld bei den arbeitenden Menschen, die die Krise nicht verursacht haben, holen will. Die Spekulation wird damit nicht eingedämmt (nicht einmal besteuert) und ist auch EU-weit nicht daran gedacht, dies zu tun. Also wird sich die Krise weiter verschärfen zu einer Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit und Sozial- und Demokratieabbau.

In Griechenland wird vorexerziert, wie das gehen soll: Als der griechische SP-Chef über das EU-Paket eine Volksabstimmung ankündigte, wurde er von der EU weg geputzt, seitdem ist Griechenland praktisch unter EU-kommissarischer Verwaltung durch einen ehemaligen EZB-Direktor als neuen Ministerpräsidenten, der unter Einbeziehung Rechtsextremer in die Regierung die Bela-

stungspakete und Polizeieinsätze gegen die protestierende und streikende Bevölkerung durchziehen soll, durch einen deutschen EU-Treuhandbeauftragten, der die griechischen Vermögenswerte ausverkaufen soll.

In Österreich, braucht es (noch) keinen eigenen EU-Kommissar zur Durchsetzung des (deutschen) Kapitaldiktats via „EU-Schuldenbremse“. Bundeskanzler Faymann, Vizekanzler Spindelegger und Finanzministerin Fekter hängen voll und ganz am Rockzipfel von Angela Merkel als Vertreterin deutscher EU-Kapitalinteressen. Und zur „Sicherheit“ hat man in Österreich auch schon unter Fekter und jetzt unter Mikl-Leitner das „Sicherheitspolizeigesetz“ unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung verschärft. Man weiß ja schließlich nicht, was den arbeitenden Menschen alles einfallen kann, wenn sie die Belastungspolitik nicht mehr hinnehmen wollen, ein Strache sie nicht einfangen oder ein Faymann oder ein ÖGB sie nicht mehr beruhigen kann ...

Wenn SPÖ, AK und Gewerkschaften zwar teilweise Ungerechtigkeiten anprangern aber letztlich dem Ganzen nicht entgegentreten, sondern letztlich die Ausplünderungspolitik der Damen und Herren Kapitalisten-„Sozialpartnern“ mittragen, dann müssen SozialistInnen, GewerkschafterInnen, ihre Partei und Organisationen zwingen, ihren Kurs zu ändern und v.a. gemeinsam mit allen arbeitenden Menschen sich selbständig und gemeinsam gegen die Kapitalistenpolitik und ihre Verhamlosung durch SPÖ und ÖGB organisieren und entschieden auftreten. Wenn dies nicht von links geschieht werden andernfalls die Rechten, die nicht nur in Deutschland im Untergrund aktiv sind, und ihre parlamentarischen Aushängeschilder im Nadelstreif, wie Strache, Scheuch, Buchner, Westenthaler & Co. den wachsenden Unmut auf ihre Mühlen lenken.

# Kuschen und zahlen für das Kapital!?

## Griechenland war erst der Anfang!

In Griechenland diktieren mehr denn je die EU-Chefs und der Internationale Währungsfond im Dienste des Kapitals. Die IWF Experten wünschen nun, „dass alle Tarifverträge im Land aufgehoben werden sollen. Der Mindestlohn von 540 Euro netto für Vollzeitjobs von Arbeitnehmern über Dreißig soll (...) nicht mehr gelten“.

Die Griechen kennen weder Arbeitslosengeld noch Sozialhilfe... „Während seit Januar 2010 alle zwei Monate die Löhne gekappt werden und somit viele bis zur Hälfte des Jahreseinkommens verloren, steigen sämtliche Preise übermäßig an. Bestes Beispiel ist der Staat selbst... Eine gesetzlich versicherte Griechin musste im November 2010 in einem staatlichen Krankenhaus der Stadt Ioannina 400 Euro Eigenanteil für eine normale Geburt zahlen. Ihre Cousine gebar erst im September 2011. Das kostete bei einer gleich ablaufenden Geburt und einem gleich langen Krankenhausaufenthalt bei gleicher Versicherungslage diesmal 800 Euro Eigenanteil“. („In der Falle der Zahlenkönige“, Telepolis 6.10.2011-www.heise.de)

### Schuldenbremse - Profitrakete

P. Bofinger, Prof. für Volkswirtschaft und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und einer der 5 deutschen Wirtschaftsweisen, sagte zu Plänen der österreichischen Bundesregierung, eine Schuldenbremse zu installieren: „Die Schuldenbremse ist eine Gefahr für die Zukunft“... „Vor drei Jahren haben Europas Staaten die Finanzmärkte, die Milliarden verbrannt haben, mit Steuergeld gerettet, nun lassen sie sich von den gleichen Akteuren

vorführen“. Der Professor ist für eine Anhebung der Spitzensteuersätze und Vermögenssteuern. Falsch hingegen wäre eine höhere Mehrwertsteuer und Kürzungen der Sozialleistungen. Er tritt für Investitionen in die Bildung, die Energiewende und Umwelttechnologie ein.

**„Die Staaten stehen nicht wegen ausgeweiteter Sozialausgaben in Finanzierungsproblemen, sondern weil die Finanzkrise viel Geld gekostet hat.“** (alles P. Bofinger im Interview mit G. John, im Standard 19./20.11. 2011). Ein Großteil der Verschuldung sind die Zinsen für die ausgeborgten Gelder der Staaten.

### Profitrakete - Schuldenbremse

Die Verschuldung der EU-Staaten beträgt derzeit ca. 8000 Milliarden Euro, das entspricht ca. 50% des Gesamtjahres-Bruttoinlandsproduktes aller EU-Staaten, also dem gesamten Geld, das alle EU-Staaten im Jahr zur Verfügung haben. Doch das ist im Vergleich sehr wenig Geld! Denn „das offiziell an den Börsen weltweit gehandelte Volumen mit spekulativen Finanzderivaten betrug im ersten Halbjahr dieses Jahres 708.000 Milliarden Dollar“! (Wiener Zeitung 19.11/20.11), also pro Jahr ca. 1400.000 Milliarden Dollar. (Dazu kommen nochmals 40% bis 60% dieser Summe für nicht an den Börsen gehandelten Finanzderivaten!) Dieser Vergleich zeigt erstens: Man könnte die gesamten Schulden der EU-Länder mühelos mit einem Schnitt streichen. Es gibt genug Geld, man müsste nur dem ca.1% der Milliardäre unter 1% ihres Vermögens nehmen. Und es zeigt sich zweitens: Das passiert nicht, das Finanzkapital, die so genannten Finanzmärkte, die Investoren mit



ihren Milliarden werden nicht zur Kasse gebeten, im Gegenteil, die Regierungen tanzen nach deren Pfeife, all ihre Maßnahmen, zuletzt der EU-Rettungsschirm und nun die sog. Schuldenbremse und Sparsbudget dienen dazu, dass die Banken, die Aktionäre keine Verluste erleiden. Im Gegenteil, die Erweiterung des EU-Rettungsschirms (EFSF - siehe letzte Aussendung) heizt die Spekulation noch mehr an. Die sog. Risikoaufschläge für Staatsanleihen kann sich das Finanzkapital auch gerade deswegen erlauben, weil die Investoren damit rechnen können, dass die Euro Staaten ihre Notenbanken veranlassen, ihnen ihre Staatsanleihen wieder abzukaufen. So werden die Reichen in der von ihnen verursachten Krise noch reicher und die Masse der Menschen wird noch mehr zur Kasse gebeten. So soll die von der Regierung geplante Schuldenbremse Einsparungen im Bereich Soziales, Bildung und Verkehr von ca. 9 Milliarden jährlich bis 2020 auf Kosten der Bevölkerung bringen.

### Entkoppelung möglich

Es wäre so einfach: Die Staatsfinanzierung müsste von den Finanzmärkten entkoppelt werden! Das Gegenteil passiert. Sie wird noch mehr von Ihnen abhängig gemacht. Ursache ist aber nicht die Blödeheit der Politiker sondern das Wirtschafts- und Finanzsystem dem sie willig entsprechen. Dazu gehört,

dass ja z.B. 94% der 500 größten Unternehmen der Welt mit spekulativen Finanzprodukten handeln, kein Wunder, hier ist viel mehr Profit zu machen als in der sog. Realwirtschaft!

Auch und gerade sozialdemokratische Führer und die Grünen stimmen für die Milliarden Euros für die Profite der Banken und ihre Aktionäre und planen weitere Belastungen auf Kosten der Menschen, so treiben sie sie den „Rechten Volksverhetzern“ in die Arme.

## **Der Staat dient den Banken**

„Die letzte Bankenrettung 2008 hat die Staatsschulden um 8 Milliarden Euro erhöht“ (AK-Chef H. Tumpel) Und Hannes Androsch: „Weitere vier Milliarden werden noch für die Rekapitalisierung der Banken aufgewendet“... Weiters brauchen die „Problembanken“ wie Kommunkredit, ÖAVG und Hypo Alpe Adria weitere vier Milliarden.“ Finanzministerin Fekter: Allein die Hypo Alpe Adria wird die österreichischen Steuerzahler mehr kosten als Griechenland“(Presse 14.10.2011). Da geht das große Geld hin. Bei den Metallen hingegen wurde um Zehntel-Prozente gefeilscht.

Der Staat dient den Banken, d.h. ihren Aktionären, als direkte Profitquelle: Wenn die Staaten in Europa Geld benötigen um ihre Defizite im Staatshaushalt zu finanzieren, können sie nicht zu ihrer eigenen Zentralbank gehen. Sie verkaufen ihre Anleihen an private Banken, um ans Geld zu kommen. Die privaten Banken leihen sich das Geld von der Europäischen Zentralbank, derzeit um einen Zinssatz von 1,25% und verleihen es z.B. in Österreich um durchschnittlich 4,5% an den Staat weiter. (Verzinsung der österreichischen Staatsschuld 2010) Die ach so bedauerten hohen Staatsschulden sind die Profite der privaten Anlegerbanken. Sie sind nicht entstanden, weil die normalen arbeitenden Menschen über ihre Verhältnisse gelebt haben! 2009 betrug die Verzinsung für die österreichische Staatsschuld 6,718 Mrd. Euro, die gesamte

Staatsschuld 168,715 Mrd. Euro. Hätte Österreich seine Anleihen direkt an die EZB bzw. Österreichische Zentralbank (ÖZB) verkauft, hätte man sich 4,6 Mrd. Euro der 6,718 Mrd. Euro erspart! Beim Budgetdefizit 2009 hätte man sich von den 9,6 Mrd. Euro ca. die Hälfte erspart, es wären 4,6 Mrd. Euro über geblieben. Denselben Banken, die mit unseren Steuergeldern in der letzten Krise aufgefangen wurden, ermöglicht der Staat, Milliarden Zusatzprofite auf unsere Kosten. Das Geld landet bei den Großaktionären, den Superreichen! Wieder ein Beispiel, wie die Staatsschulden durch die Spekulation der schwerreichen Investoren herbeigeführt wurden. Nun verdienen sie wiederum an deren Rückzahlung. Wir zahlen dann das Defizit! Seit ca. 3 Jahren treiben die internationalen Finanzspekulanten die Zinsen für Staatsanleihen in ganz Europa in unfinanzierbare Höhen. Die Budgetdefizite der Staaten sind vor allem seit 2008 immer weiter gestiegen.

## **Österreich**

Auch Österreich gerät nun mehr ins Visier der Finanzspekulanten. Die Zinsen für neue Staatsanleihen stiegen im November auf den Höchststand von 3,6%. So viel muss die Regierung zahlen wenn sie sich neues Geld auf den Kapitalmärkten holt. 2012 zahlt der Bund für seine ca. 200 Milliarden Euro Schulden ca. 9 Milliarden Euro Zinsen, zu 97 % ist Österreich dabei im Ausland bei Finanzmilliardären und Banken verschuldet!

Österreichs sinkende Kreditwürdigkeit bei den Spekulanten hat unter anderem mit dem riesigem Umfang der Kredite, die die größten österreichischen Banken in Osteuropa vergeben haben, zu tun bzw. damit, dass diese Banken nun Gefahr laufen, dass die Kreditnehmer ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können.

Die größten österreichischen Banken haben nach offizieller Statistik Kredite in der Höhe von mehr als 60% des eigenen Bruttonationalprodukts (BIP) in Osteuropa verliehen.

Die Bank - Austria (BA-CA) wird noch gar nicht mitgerechnet, weil deren Mutterkonzern zu Italien gezählt wird. Zählt man sie doch dazu und zwar mit dem plausiblen Argument, dass nicht Italien sondern der Staat Österreich wohl auch im Falle des Falles die BA-CA auffangen würde, so kommt man auf Außenstände von ca. 300 Milliarden Euro, das ist ca. die Größe von 100% des österreichischen BIPs. (2010 war das BIP bei uns ca. 295 Milliarden Euro) Österreichs Banken haben Fremdwährungskredite in Euro und Franken in Osteuropa verliehen. Die Schuldenkrise hat nun noch verstärkt auf Osteuropa übergegriffen.

Rumänien, Bulgarien, Georgien, Albanien gelten als sehr riskant, weil bei einer Abwertung der lokalen Währung unzählige Haushalte in die Schuldenfalle tappen. In Slowenien, der Slowakei und in Ungarn steigen die Zinsen. Ungarn steht laut Presse vor der Staatspleite: Die Abwertung des Forints treibt immer mehr Schuldner in die Pleite weil sie ihre Kredite in Euro oder Franken nicht mehr zurückzahlen können! Schon 2009 waren die österreichischen Banken in Osteuropa mit Kreditausfällen von netto 42 Milliarden Euro konfrontiert. Die Rating-Agenturen nehmen an, dass bei Kreditausfällen der Staat, wie bis jetzt für die Banken, d.h. für ihre Aktionäre und deren Profite einspringt. Es ist stark zu befürchten, dass genau das passieren wird.

Österreichs 5 größte Banken hatten 2010 eine Bilanzsumme von insgesamt ca. 680 Milliarden Euro und haben wie erwähnt im Osten schon ca. 300 Milliarden verborgt. Geht dieses Geld verloren, wäre das für die Bevölkerung noch nicht so schlimm. Vielleicht gingen Banken pleite oder die eine oder andere würde verstaatlicht werden. Schlimm wird es erst, und darauf setzt das Finanzkapital und seine Rating-Agenturen, dass die Politiker uns, den Steuerzahler das alles wieder zahlen lassen werden. Gerade darauf

wird ja spekuliert, eine sichere Wette also. Dann ist Österreich über 100% verschuldet, man könnte sagen bankrott, denn die Schulden sind dann bis zu 300 Milliarden Euro, so hoch wie unser BIP.

### **Ausweg: Bezahlt wird nicht!**

Die griechische Bevölkerung hat durch ihre massiven Proteste, durch die Bewegung „Bezahlt wird nicht“ zumindest einen Schuldenschnitt erreicht. Auch die isländische Bevölkerung – die, weil nicht in der EU, bessere Bedingungen vorfand – hat sich gegen die Begehrlichkeiten der ausländischen Gläubiger zur Wehr gesetzt – obwohl oder weil die eigene Regierung trotz zweimaliger Volksabstimmung die ausländischen Gläubiger (Holland, Großbritannien) bezahlen wollte.

Letztlich gibt es nur eine Alternative! Den Superreichen, den Banken wird nichts mehr aus Steuergeldern bezahlt. Es braucht einen Schuldenschnitt! Und besser es gehen einige Banken pleite, d.h. Investoren verlieren Geld, als die Millionen Menschen in Europa zahlen deren „Wirtschaft“ mit Krise, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Unterdrückung und Krieg. Bankfachleute übernehmen im Auftrag des Kapitals direkt die Jobs als Regierungschefs. Das Unternehmerblatt „die Presse“ schreibt schon ganz offen: „Die Wirtschaft muss diktieren“. Wir sollen kuschen und zahlen. Die Demokratie ist schon im Weg! Doch der Ausweg für uns kann nur sein: Stoppen wir die Finanzierung der Milliardengewinne des Kapitals durch unsere Steuern! Das ist keine Enteignung sondern rechtmäßige Wiedereineignung all der Werte, die wir ja durch unsere Arbeit schaffen und die uns über die Jahre vorenthalten wurden!

*Aus: „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“*

## **IRLAND, PORTUGAL, SPANIEN, ITALIEN, GRIECHHENLAND: SCHULDENBREMSE = SOZIALABBAU**

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit wird noch mehr, dzt. liegt sie in Spanien bei 50%, Griechenland 38,5%, Irland 28%, Italien 26%. Das Pensionsantrittsalter wird z.B. in Spanien auf 67, in Italien auf 66 Jahre erhöht. In Griechenland wurden schon in den letzten zwei Jahren die Gehälter um 30% gekürzt, 250.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sollen vernichtet werden. Großbritannien will in 4 Jahren 93 Milliarden Euro einsparen, z.B. durch Abbau von 500.000 Stellen im öffentlichen Sektor. Britische Unternehmer erhalten

gleichzeitig eine Steuersenkung. Italien: 45,5 Mrd. Euro sollen bis 2013 durch Kürzungen bei Bildung, öffentlicher Dienst, Verschlechterungen im Arbeitsgesetz oder durch Privatisierungen von Strom, Wasser geholt werden. In Portugal haben Prostitution und Obdachlosigkeit sprunghaft zugenommen, die Lebensmittel-diebstähle stiegen innerhalb eines Jahres um 42%. In Irland liegt die Arbeitslosenquote bei 14,5% und verlassen tausende Menschen monatlich (!) das Land.

### **Folgenden Beitrag zu Griechenland, den wir auszugsweise wiedergeben, hat uns ein Leser samt Einleitung geschickt:**

*Liebe Freunde!*

*Wenn wir nicht brav sind und die Sozialbremse in die Verfassung nehmen, das heißt aber in Wirklichkeit den sozialen Retourgang einlegen und auf Ständestaatsniveau zusteuern, dann droht uns auch eine Regierung durch Masseverwalter. Und wenn das nicht klappt durch das Militär, um die Besitzverhältnisse klarzustellen. Ein Berufsheer oder die Euro-Battlegroups sind da natürlich viel besser geeignet als unsere hausgemachten Bundesheer-Tschapperln, die zu ungeschickt für den Zivildienst sind. H.H., NÖ*

## **Gefahr der Diktatur in Griechenland**

*Von Christoph Dreie, 23. November 2011*

Die Regierung der „nationalen Einheit“, die durch die Banken und imperialistischen Großmächte in Griechenland eingesetzt wurde, muss der internationalen Arbeiterklasse eine ernste Warnung sein. An dieser Regierung ist auch die extrem rechte Partei LAOS beteiligt, und das Verteidigungsministerium wird von einem Politiker der rechten Nea Demokratia geleitet.

Vor 38 Jahren löste ein blutiger Angriff auf die Studenten, die das Polytechnikum von Athen besetzt hielten, die Bewegung aus, die am 17. November 1973 zum Sturz der Obristen-Junta führte. 38 Jahre später ist das Finanzkapital wieder drauf und dran, eine Militärherrschaft oder eine Diktatur mit faschistischen Zügen an die Macht zu bringen, um die Arbeiter zu unterdrücken.

Schon der gestürzte PASOK-Ministerpräsident Giorgos Papandreou hatte die Armee mobilisiert, um

Streiks gegen die Kürzungspolitik zu unterdrücken, die er auf Betreiben der Banken und europäischen Institutionen durchführte. Im August 2010 brachen Soldaten den Streik der Lastwagenfahrer, die gegen die Deregulierung ihres Berufsstands kämpften. Im Oktober dieses Jahres unterstellte die Regierung die Müllarbeiter militärischer Disziplin und zwang sie so, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Am 4. Februar 2011 berichtete die Athens News Agency, die erste Luftlandebrigade habe sich in der Niederschlagung regierungsfeindlicher Demonstranten geübt. Das Manöver umfasste „die Kontrolle kämpfender Parteien“, „Konfliktverhinderung“ und „die Evakuierung von Menschenmengen“.

Die herrschende Klasse diskutiert ziemlich offen darüber, ob nicht alle demokratischen Methoden auf den Müllhaufen geworfen und autoritäre Herrschaftsmethoden eingeführt werden sollten. Im Mai hieß

es in einem CIA-Bericht, ein Putsch in Griechenland sei eine Möglichkeit. Im September rebellierten pensionierte Offiziere. Die Standesvertretung der Berufssoldaten warnte Papandreou danach in einem Brief, dass die Armee seine Politik mit „wachsendem Unmut“ beobachte. Verteidigungsminister Panos Beglitis warf den Offizieren vor, sich wie „ein Staat im Staate“ aufzuführen.

Kurz vor seinem Rücktritt entließ Papandreou die gesamte Armeespitze. Der Verdacht kam auf, dass ein Putsch nur knapp vermieden worden war. Davor hatte ein großer, zweitägiger Generalstreik stattgefunden, und die Europäische Union und der Internationale Währungsfond hatten neue Forderungen an Athen gestellt, noch weitergehende Entlassungen und Lohn- und Rentenkürzungen durchzusetzen. Kurz danach kam es zu der wütenden Reaktion der Finanzmärkte auf Papandreous Absicht, ein Referendum über die neuen Kürzungspläne abzuhalten.

Alle entlassenen Armeechefs waren von der vorherigen Regierung der Nea Demokratia berufen worden. Jetzt stellt Nea Demokratia wieder den Verteidigungsminister. Der neue Verteidigungsminister Dimitris Avramopoulos hat angekündigt, er werde die Entlassungen wieder rückgängig machen.

Die Beteiligung von LAOS an der Regierung ist besonders bedrohlich. Dabei war dies gar nicht erforderlich, um eine Mehrheit für die neue Regierung zusammenzubekommen. Aber die Hintermänner des neuen Regimes in der internationalen Finanzelite und der griechischen Bourgeoisie entschieden, LAOS mit einzu beziehen, um ein politisches Signal auszusenden.

Faschistoide Stimmungen sind plötzlich wieder „respektabel“. Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Antisemitismus sind die Grundlage, um die reaktionärsten und verkommensten Elemente der Gesellschaft gegen die Arbeiterklasse zu mobilisieren.

LAOS wurde 2000 gegründet und entwickelte sich zu einem Katalysator für die extreme Rechte in Griechenland. Die Partei appellierte ohne Scheu an die traditionellen Themen des europäischen Faschismus. Auf dem Gründungskongress erklärte LAOS-Führer Georgios Karatzaferis: „Sie sagen, um vorwärts zu

kommen, musst du entweder Jude, homosexuell oder Kommunist sein. Das sind wir alles nicht.“ Er forderte LAOS auf, für „ein Parlament ohne Freimaurer, ohne Homosexuelle, ohne Anhänger des Zionismus“ zu kämpfen.

LAOS hat sich schon verschiedentlich für eine Militärdiktatur ausgesprochen. In ihrer Gründungserklärung schlägt sie vor, politische Entscheidungen von einem Rat treffen zu lassen, an dem Offiziere und Kirchenvertreter beteiligt sind. Die Partei befürwortet Sozialkürzungen entschieden und lehnte im Oktober die teilweise Umschuldung Griechenlands ab, auf die sich die Europäische Union geeinigt hatte.

Ein bekannter LAOS-Ideologe ist der Antisemit und Holocaust-Leugner Kostas Pleveris, der bei der Parlamentswahl 2004 ihre Wahlliste anführte. Sei Sohn Athanasios zog 2007 ins Parlament ein. 2006 gab Pleveris das Buch Juden – die ganze Wahrheit heraus, in dem er Adolf Hitler lobt und die Auslöschung der Juden fordert. Er stellt Juden als Untermenschen hin, die die Nazis verleumdete. Sich selbst bezeichnet er als „Nazi, Faschisten, Rassisten, Antidemokraten und Antisemiten“.

Adonis Georgiadis, der neue Staatssekretär im Wirtschaftsministerium präsidierte dieses Buch im Fernsehen an und lobte seinen „Reichtum an Argumenten“.

Die Kultivierung solcher Kräfte ist die Antwort der Finanzaristokratie auf eine Situation, in der sich das politische Erwachen der Arbeiterklasse ankündigt ... bereitet auch die herrschende Klasse in Europa gewaltsame Unterdrückung und einen Polizeistaat vor.

Diese Drohungen sind sehr ernst zu nehmen, wenn man die tragischen Erfahrungen der griechischen Bevölkerung bedenkt. 1967 unterstützten CIA und Nato den Militärputsch unter der Führung von Georgios Papadopoulos, um einer Bewegung der Arbeiterklasse in ganz Europa gegen die kapitalistische Herrschaft zuvorzukommen. Die Obristen unterdrückten jeden Widerstand der Arbeiterklasse brutal. Sie verhafteten und folterten Zehntausende Menschen und bauten auf den Inseln Gyaros und Leros Konzentrationslager.

Indem die Finanzaristokratie die Nachfolger der griechischen Jun-

ta an die Macht bringt, bedroht sie nicht nur die griechische, sondern auch die europäische und internationale Arbeiterklasse. „Die europäischen Politiker fürchten, dass die gleichen Proteste und Streiks auch in ihren eignen Ländern stattfinden werden“, sagte Dimitris Dimitriadis, ein führender Politikberater der Europäischen Union der türkischen Zeitung Hürriyet. Diese Aussichten und mögliche Gegenmaßnahmen seien die Themen eines Treffens des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses am 16. November gewesen. „Das ist kein griechisches Problem“, fügte er hinzu.

Die erneute Diktaturgefahr versetzt den Vorstellungen einen vernichtenden Schlag, dass die Institutionen der Europäischen Union im Verein mit Washington für den Triumph eines demokratischen Kapitalismus sorgen würden ... Stattdessen steckt der globale Kapitalismus in der Krise. Das politische System steht in jedem westlichen Land auf der Kippe ... Die Tatsache, dass sich das internationale Finanzkapital in Griechenland für LAOS entscheidet, bezeugt den Niedergang demokratischer Vorstellungen in der internationalen Bourgeoisie.

Im Kampf gegen diese Bedrohung stehen die griechischen Arbeiter nicht nur der herrschenden Klasse gegenüber, sondern auch dem politischen Verrat der sozialdemokratischen Parteien und ihrer Satelliten ... Diese sind unauflöslich mit dem Staat und den Gewerkschaften verquickt und zeigen sich deshalb immer offener als Agenturen der herrschenden Klasse. Von diesen Kräften ist kein ernsthafter Kampf gegen die neue Regierung zu erwarten.

Der Kampf gegen die sozialen Angriffe der Finanzelite fällt mit dem Kampf zur Verteidigung demokratischer Rechte zusammen. Die einzige gesellschaftliche Kraft, die willens und fähig ist, demokratische Grundrechte zu verteidigen, ist die Arbeiterklasse. Sie muss sich in ganz Europa zusammenschließen. Sie muss auf der Grundlage eines sozialistischen Programms einen unabhängigen Kampf um die politische Macht führen.

*Copyright © 1998-2011*

*World Socialist Web Site -  
Alle Rechte vorbehalten.*

# FINANZMINISTERIN FEKTERS EINFÄLTIGKEITEN MIT METHODE



Maria Fekter verspricht niedrige Einkommenssteuern, Flat Tax hat das unter Haider geheißten. Heute allerdings kann sich sogar die AK unter bestimmten Umständen das nunmehrige Fekter-Modell vorstellen. Eine politische Bankrotterklärung der AK-ExpertInnen? Wahrscheinlicher aber: politische Willfährigkeit. Fekters Vorschlag: Niedrigere Steuern sollen mehr

Menschen als jetzt erfassen, in Summe aber weniger in die Staatskasse bringen. Das heißt es gibt weniger für die Allgemeinheit, Bildung, Pensionen oder Gesundheit kann sich ja dann jeder selbst leisten, zahle er doch weniger Steuern. Bildung, Gesundheit oder Pensionen werden dann teurer, weil nicht mehr von der öffentlichen Hand, sondern immer mehr von Privaten angeboten. Noch mehr und teurere Selbstbehalte werden die Folge sein. Zudem wird die Mehrwertsteuer nicht gesenkt – eher gibt es Ideen zu deren Anhebung – und sorgt so weiterhin für die tägliche Umverteilung von den Armen zu den Reichen. Weiters will Fekter mit den Steuern auch gleich die Sozialversicherung einheben. Vereinfachung lautet die Propaganda. Ergebnis: Damit könnte das Finanzministerium voll und ganz auch die Beiträge der Versicherten einkassieren und die Sozialversicherungen aber nach ihrem Belieben steuern, d.h. aushungern, der Selbstverwaltung, die schon Schwarz-Blau 2001 abschaffen wollten, so durch die Hintertür den Garaus machen.

Fekter hat aber eine weitere eigenwillige Idee: Da zunehmend mehr Menschen aufgrund des Stresses in der Arbeitswelt wegen burn out früher aus dem Berufsleben ausscheiden, will sie Führerscheinentzug für Frühpensionisten, die eine psychische Erkrankung, z.B. eben burn out, haben. Absurd? Nein: Hetze mit Methode. Nach dem Motto haltet den Dieb lenkt die Finanzministerin von den steuerfreien Gewinnen der Konzerne, Superreichen und Großbauern ab, indem sie auf die Kleinen einprügelt.

## GEGEN DAS KRANKSPAREN

Die Veranstaltung von „Solidarisch G'sund“ mit dem Titel „Gegen das Kranksparen. Widerstand im Gesundheitsbereich – von Demonstration bis Streik. Erfahrungsberichte und Diskussion über Perspektiven“ war gut besucht. Rund 40 Leute, darunter die stellvertretenden Betriebsräte und Betriebsrätinnen der LKHs Klagenfurt, Villach, Wolfsberg und Hermagor (zusammen mit dem Stellvertreter des ZBR der KABEG) trafen sich im ÖGB Kärnten.

Der seit den 1980er Jahren fortgesetzten Sozialabbau, der sich seit der Finanzkrise 2008 nochmals verschärft hat, zeigt, dass die traditionellen Mittel der Einflussnahme – Sozialpartnerschaft, Verhandlungen und Medienarbeit – nicht ausreichen. Was aber hilft dann? Bericht dazu auf:

<http://solidarischgesund.org>

Weitere Infos auch auf: „Plattform Keine Zerschlagung der Sozialversicherung“:  
<http://proSV.akis.at>



## Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

**Wir sind ein Forum** von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner AktivistInnen, Abonnenten und Unterstützer.

### Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

109/11

Einsenden an:  
Österreichisches Solidaritätskomitee  
Stiftgasse 8, 1070 Wien  
[oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)

### Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:

Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“  
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,  
Verlagspostamt 1070 Wien,  
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

# LESERBRIEFE:

## **Nicht nur zum Schmunzeln**

Wer vor 18 Monaten 1158,40 Euro in Aktien der Commerzbank investiert hat, musste sich 18 Monate über fallende Kurse ärgern und hat heute noch stolze 215,28 Euro übrig. Wer vor 18 Monaten 1158,40 Euro in Zipfer Bier investiert hat, war ständig heiter, hatte viel Spaß, hat in Zipf Arbeitsplätze gesichert und hat heute noch (Achtung, jetzt kommt's!): Leergut im Wert von 223,30 Euro!!! gegenüber 215,28 bei der Aktie. Fazit: Besser ein Bier im Bauch, als eine Aktie in der Hand !!!!! Noch Fragen ?!!! **M.L., Wien**

## **Ganz und gar nicht zum Schmunzeln**

Das ist die Richtung, in der auch bei uns der Sozialabbau gehen soll und wie lange wird es wohl noch dauern bis neoliberalisierter rechter Mob auch bei uns Ja gröhlt, bei der Frage, ob man Nichtversichererte Kranke sterben lassen sollte. Bei unseren ungarischen Nachbarn ist man schon einen Schritt weiter in der diese Richtung: Hier zwingt man Invaliditätspensionisten für weniger als 1 Euro pro Stunde wieder zu arbeiten und lässt sie dabei durch pensionierte Polizisten bewachen (Arbeit macht ja bekanntlich frei! - Anm. d. Red.: Das war der menschentötende Spruch der Nazi-Faschisten über den Vernichtungslagern). **H.H., Wien**

## **Buch NEU:**

### **"Angekommen: Krise & Proteste in der Steiermark".**

Ein neuer Sammelband zum Widerstand gegen die Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich ist soeben erschienen. U.a. mit einem Beitrag von Andreas Exner: "Streik ist die erste Wahl. Zur Partei-Illusion in der Steiermark" Näheres unter: <http://solidarischgs-und.org/2011/10/10/angekommen-krise-proteste-in-der-steiermark/>



## **DANK UND SPENDENAUFRAF**

Wir finanzieren uns ausschließlich aus Spenden und Abozahlungen unserer AktivistInnen und LeserInnen. Wir machen die Zeitschrift und unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich, trotzdem entstehen Kosten für die Herstellung der Zeitung oder die Betreuung des Webs.

Wir haben wiederum an viele neue Interessierte unsere Zeitung geschickt. Bitte geben Sie uns durch eine Spende, Abo-Zahlung oder per Post oder E-Mail (Adresse siehe Seite 1) ein Zeichen, dass Sie die Zeitung weiter beziehen wollen. Danke.

Bei allen unseren Abonnenten und Spendern bedanken wir uns herzlichst für die Unterstützung auf die wir im Sinne unseren gemeinsamen Arbeit weiterhin und mehr denn je angewiesen sind. Danke!

### **Wir wünschen alles Gute für 2012!**

Mit solidarischen Grüßen  
Österr. Solidaritätskomitee  
[oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)  
<http://proSV.akis.at>

**P.S.K.**

00079348267  
W. Leisch

600000

**P.S.K.**

00079348267  
W. Leisch

600000

**EUR**

ÖSTERREICHISCHES  
SOLIDARITÄTSKOMITEE  
SPENDE  
ABO

004

00079348267 + 000600000 >

40+

004